



## POLITIK / REDAKTION

### Syrien - Feldzüge und Aussichten ...

(SB) - In Teilen Syriens tobt nach wie vor der Krieg, und zwar heftig. In der Wüstenlandschaft des Ostens, an der Grenze zum Irak, wo die kurdisch-dominierten Syrischen Demokratischen Kräfte das "Kalifat" der "Terromiliz" Islamistischer Staat (IS) mit Hilfe der US-Streitkräfte ausgeradiert haben, setzen die Dschihadisten um Abu Bakr Al Baghdadi ... (S. 4)

## POLITIK / WIRTSCHAFT



*Frau schält den Kaffee  
(quitar la cascarrilla)  
Foto: © Knut Hildebrandt*

### Kaffee-Kooperative im Süden Mexikos

*von Knut Hildebrandt*

(Poonal) (Berlin, 29. Mai 2019, npl) - Kaffee ist neben Erdöl eines der meist gehandelten Rohprodukte auf dem Weltmarkt. Die Preise für Rohkaffee werden an den Börsen der Industrieländer gemacht. Wenn die Preise fallen, können viele kleine ... (Seite 6)

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

### Wir sagen Ja zu Europa

*von Alfred Bosch, Außenminister von Katalonien, 6. Juni 2019*

(Pressenza) - Katalonien war immer ein engagierter und zuverlässiger Partner beim Aufbau des europäischen Projekts und hat aktiv dazu beigetragen, das vielfältige Europa von heute und morgen zu gestalten. Im Gegensatz zu den Brexit-Anhängern hat Katalonien nie seine Zugehörigkeit zu Europa in Frage gestellt oder die Überzeugung, Teil der Europäischen Union zu sein, aufgegeben. Wir sagen Ja zu Europa.

Die katalanische Gesellschaft hat ihr Engagement für das gemeinsame Projekt unter Beweis gestellt, indem sie aktiv, d.h. mit einer Wahlbeteiligung von 13 Punkten über dem europäischen Durchschnitt, an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilgenommen hat, dem einzigen direkt gewählten EU-Organ, das mehr als 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger vertritt. Wir als Demokratinnen und Demokraten müssen daher fordern, dass all jene, die ordnungsgemäß einen Sitz im Europäischen Parlament gewonnen haben, diese Bürgerinnen und Bürger auch in den kommenden fünf Jahren vertreten und sich für deren Vision eines integrierten, sozialen und besseren Euro-

pas einsetzen können.

Wenn am 2. Juli das Europäische Parlament zum ersten Mal zusammentritt, wird Europa aus nächster Nähe beobachten können, wie gewählten Abgeordneten und ihren Wählerinnen und Wählern aus rein politischen Gründen demokratische und politische Rechte verweigert werden. Das ist nicht neu. Im vergangenen Monat entzogen das spanische Parlament und der Senat fünf gewählten Vertretern, allesamt ehemalige Mitglieder der katalanischen Regierung, die derzeit vor Gericht stehen, ihren Vertretungsauftrag. Obwohl sie legal kandidiert, die Wahl gewonnen und ihren Sitz im Parlament angenommen hatten, wurden ihnen, ohne dass ein Urteil in ihrem Verfahren ergangen ist, ihre politischen Rechte verweigert.

Letzte Woche wurde dem ehemaligen katalanischen Präsidenten Carles Puigdemont und dem ehemaligen Minister Toni Comín der Zugang zum Europäischen Parlament verwehrt. Gleichzeitig konnten jedoch andere neu ge-

wählte Abgeordnete aus Spanien nicht nur das Gebäude betreten, sondern sogar ihre offizielle Akkreditierung entgegennehmen. Um dieses unübersichtliche Durcheinander zu beenden, wies der derzeitige Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, seinen Generalsekretär an, alle derzeitigen und zukünftigen Akkreditierungen für neu gewählte spanische Abgeordnete auszusetzen.

Ein dritter gewählter Abgeordneter, der daran gehindert werden könnte, seinen Platz einzunehmen, ist Oriol Junqueras, der Spitzenkandidat der Europäischen Freien Allianz, der sich bereits seit 19 Monaten in Untersuchungshaft befindet. Die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen forderte kürzlich die sofortige Freilassung [1] des Spitzenkandidaten und zweier weiterer Personen, die derzeit in Madrid vor Gericht stehen. Nach Angaben der UN-Gruppe sind sie lediglich wegen ihrer politischen Ideen inhaftiert worden.

Gewählten Amtsträgern ihre politischen Rechte zu verweigern, passt nicht in das Bild einer modernen europäischen Demokratie. Die Legitimität des Europäischen Parlaments könnte in Frage gestellt werden, wenn die Rechte derjenigen, die vom Volk gewählt wurden, nicht umfassend geschützt werden und sie nicht am 2. Juli als legitime und demokratisch gewählte Vertreter teilnehmen können.

Die katalanischen Abgeordneten im Europäischen Parlament sind immer aktive Partner im Rahmen des europäischen Projekts gewesen. Sie waren an wichtigen euro-

päischen Debatten beteiligt und standen stets an der Seite derjenigen, die die grundlegende Rechte und Freiheiten verteidigten. Carles Puigdemont, Oriol Junqueras und Toni Comín, ehemalige Mitglieder der katalanischen Regierung, die sich derzeit im Exil bzw. in Untersuchungshaft befinden, wurden von 1.720.500 Bürgerinnen und Bürgern in Spanien und Katalonien gewählt, um sie im Europäischen Parlament zu vertreten. Wenn diesen drei katalanischen Abgeordneten die Teilnahme in der kommenden Legislaturperiode verwehrt wird, wird Europa nicht nur drei aktive, pro-europäische und engagierte Mitglieder sondern auch eine weitere Chance verlieren, der Welt zu zeigen, dass das Europäische Parlament sehr wohl ein Raum der Freiheit, der Demokratie und der Grundrechte ist.

**Anmerkung:**

[1] <https://www.pressenza.com/de/2019/05/uno-fordert-sofortige-freilassung-katalanischer-gefangener-in-spanien/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

**Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/meinung/eums0071.html>

**POLITIK / WIRTSCHAFT**

*Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin*

**Die Spuren der DDR  
sind nicht zu tilgen**

*von Günter Buhlke,  
6. Juni 2019*

(Pressenza) - Der Einladung von Katrin Rohnstock zu einer Diskussionsrunde am 23.5.2019 folgten viele ehemalige Verantwortliche aus DDR-Kombinaten, sowie staatlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen, bemerkenswerterweise auch von TV- und Radiosendern Deutschlands, der Schweiz und Japans. Der Konferenzsaal bei Rohnstock war übergelöst.

Zwei Themen standen zur Diskussion: "War die DDR 1989 Pleite" und "Der Schürerbericht an das Politbüro der SED vom 30.10.1989 zur ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen".

Die sogenannte Pleite entpuppte sich in der Diskussion schnell - politisch von den westlichen Eliten gewünscht - als Medienente, modern FAKE-NEWS. Angesichts der Wahltermine zur Volkskammer der DDR und zum Bundestag der BRD im Jahr 1990 wurden Negativberichte gebraucht. Eine Revision der Deutschen Bank zur Zahlungsbilanz der DDR (1975-1989) von Mitte 1990 stellte klar, dass von dieser Seite die Überlebensfähigkeit der DDR nicht gefährdet war. Die Diskussionsteilnehmer verwiesen auch auf die aktuelle Staatsverschuldung Deutschlands, die mit

annähernd zwei Billionen Euro (rund vier Billionen DM) astronomisch höher liegt, ohne mediale Bankrottdiskussionen auszulösen.

Den Schürerbericht kommentierte Walter Siegert, Ex-Staatssekretär und Stellvertreter des Finanzministers der Modrow-Regierung, als Ausgangspunkt zur Debatte bei Rohnstock. Sein Kommentar: Der Bericht war eine schonungslose Darstellung der realen Situation mit allen Mängeln und Risiken für die DDR-Wirtschaft. Der Schlussfolgerungsteil war getragen von konkreten Vorschlägen, wie über Reformen und Veränderungen normale Entwicklungsgrößen in der Wirtschaft wieder zu erreichen wären. Zum Beispiel durch Umverteilung der knappen Investitionsmittel, der Arbeitskräfte auf produktive Zweige, durch eine punktuell veränderte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Subventionsmittel sollten andere Prioritäten erhalten, allerdings mit sozialen Auswirkungen. Der Bericht enthielt Warnzeichen für die Volkswirtschaft der DDR, aber keine Dramatik für einen Zusammenbruch. W. Siegert informierte zu den Zahlen zur äußeren Verschuldung: Minus 19,9 Milliarden Valutamark (Verbindlichkeiten) für den kapitalistischen Teil und Plus 23,3 Milliarden (Forderungen) im RGW-Bereich der Zahlungsbilanz. Das entsprach der Einschätzung der Deutschen Bank. Schalk-Golodkowski hatte Zahlen nach Abgabe des Berichtes an das Politbüro korrigiert. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die DDR alle fällig werden Kredite pünktlich bedient.

Die Wortmeldungen der Teilnehmer hoben folgende Aspekte hervor:

- Die DDR-Wirtschaft hatte in den 60er Jahren komplizierte Wirtschaftssituationen mit Reformanstrengungen erfolgreich überwinden können. 1990 war das nicht möglich. Die internationale Situation war völlig verändert. Gorbatschow hat sich als Verlierer des Kalten Krieges gesehen und die DDR und andere sozialistische Länder aufgegeben. Allein war sie im Umfeld der beherrschenden Marktwirtschaft nicht lebensfähig.

- Mehrere Teilnehmer kritisierten, dass der Schürerbericht mit seinen Schlussfolgerungen nicht den Kombinat und den Parteien noch 1989 zur Beratung übergeben wurde. Sinnvoll wäre auch die Einbeziehung der Bevölkerung gewesen.

- Nostalgische Übungen sind 30 Jahre nach den Ereignissen fehl am Platze. Dennoch ist es wichtig, alle Erfahrungen und Leistungen der DDR, die der Marktwirtschaft überlegen waren, zusammenzutragen. Die DDR wird so wie sie war, nicht wiederkommen, aber neue soziale Ordnungen.

- Die gesellschaftlichen Zustände in Deutschland und in der Welt (Trump) zeigen, dass soziale und naturbeachtende Logiken als Alternativen dringend gebraucht werden.

- Es wäre gegenwärtig erforderlich, dass die bestimmenden Parteien und die Regierung Deutschlands besonders in Wahlzeiten ebenfalls schonungslose Analy-

sen über die wahren Ursachen des Auseinandertrifens der Gesellschaft und der Gefährdung des Friedens und der Natur der Öffentlichkeit vorlegen.

- Beklagt wurde von mehreren Teilnehmern eine mangelnde Wirtschaftskompetenz und subjektive Verhaltensweisen einiger Mitglieder des Politbüros der SED.

- Die Märzwahl 1990 leitete einen juristischen Tsunami ein, den die DDR-Wirtschaft nicht überstehen konnte. Vier Gesetze waren maßgebend:

Erstens: das nach der Märzwahl 1990 veränderte Treuhandgesetz (Privatisierung vor Sanierung)

Zweitens: die Währungsunion mit dem Gesetz zur DM-Eröffnungsbilanz und dem Umrechnungssatz 2:1. Das westdeutsche Banken- und Kreditsystem etablierte sich in der DDR. (Unternehmungskalkulationen gerieten ins Minus)

Drittens: Aufkündigung des RGW

Viertens: Das Gesetz über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik.

Die vier Gesetzeswerke wirkten wie Brandbeschleuniger zum Untergang der DDR-Wirtschaft.

- Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen der Bundeshaushaltsordnung (BHO) wurde keine Abschlussbilanz zum Vermögensübergang der DDR an die BRD angefertigt und vom Bundestag bestätigt. Das heisst, neben der wirtschaftlichen Werte über den Verbleib der Vermögenswer-

te der Wissenschaftsbereiche der DDR (materielle und geistige Werte der Forschungseinrichtungen, der Universitäten, Akademien). Werte der Gesundheitseinrichtungen, der Kultur (Museen, Theater u.ä.), Werte der Städte und Gemeinden, Werte des Verteidigungs- und Sicherheitsapparates, Werte der Verkehrsinfrastruktur (Reichsbahn, Häfen, Flugzeuge), Werte der Staatsforsten, Wasserstraßen, Seen, Werte der Bodenschätze (Kali, Kohle, seltene Erzvorkommen), Immobilienwerte der DDR-Botschaften im Ausland und vieler anderer Werte.

- In seiner Biografie "Gewagt und verloren" schrieb Schürer, dass die DDR von 1972 bis 1989 moderne Anlagen und Geräte im Wert von mehr als 50 Mrd. Valutamark aus den westlichen Ländern (z.B. Japan, Österreich, BRD) importiert hatte, einen Teil als Kompensationsgeschäfte. Das

volkswirtschaftliche Wachstum erreichte rund 3% jährlich und war damit höher als das der BRD, wenn auch die Planzahlen nicht erreicht wurden. Marode Volkswirtschaften bringen solche Entwicklungen nicht zustande.

Die westdeutsche Politik brauchte 1990 negative Schlagzeilen und die Versprechen kommender blühender Landschaften, um die Märzwahl zur Volkskammer und Dezemberwahl zum Bundestag erfolgreich zu gestalten.

### Über den Autor

Günter Buhlke, geb. 1934. Verh. Studium an der Humboldtuniversität und der Hochschule für Ökonomie Berlin. Dipl. Volkswirtschaftler. Internationale Arbeit als Handelsrat in Mexiko und Venezuela. Koordinator für die Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu

Lateinamerika. Wirtschaftserfahrungen als langjähriger Leiter des Schweizerischen Instituts für Betriebswirtschaft in Berlin, Vorstand einer Wohnungsgenossenschaft und Referent im Haushaltsausschuss der Volkskammer und des Bundestages. Gegenwärtig ehrenamtliche Tätigkeiten.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

### Quelle:

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwmg0085.html>

## POLITIK / REDAKTION / NAHOST

### Syrien - Feldzüge und Aussichten ...

(SB) 7. Juni 2019 - In Teilen Syriens tobt nach wie vor der Krieg, und zwar heftig. In der Wüstenlandschaft des Ostens, an der Grenze zum Irak, wo die kurdisch-dominierten Syrischen Demokratischen Kräfte das "Kalifat" der "Terromiliz" Islamistischer Staat (IS) mit Hilfe der US-Streitkräfte ausradiert haben, setzen die Dschihadisten um Abu Bakr Al Baghdadi ihren "heiligen Krieg" aus dem Untergrund fort. Am 1. Juni kamen

fünf Zivilisten und fünf SDF-Angehörige ums Leben, als eine Bombe auf dem zentralen Marktplatz von Rakka explodierte, wo einst die IS-Leute mitten in der "Hauptstadt" ihres Kalifats Ungläubige, Kriegsgefangene und "Verräter" regelmäßig kreuzigten und köpften. Am Tag davor hat die US-Luftwaffe drei Lastwagen, mittels derer Öl entweder aus dem Irak oder von den syrischen Ölfeldern im Osten in das Herrschaftsgebiet von Präsi-

dent Bashar Al Assad transportiert werden sollte, in die Luft gejagt. Man kann davon ausgehen, daß auch die Fahrer besagter Wagen bei der Durchsetzung der US-Handelssanktionen für Syrien ihr Leben verloren.

Im Nordwesten stößt die Syrische Arabische Armee (SAA) trotz der Hilfe der russischen Luftwaffe auf erbitterten Widerstand bei ihrem Ende April gestarteten Versuch, die Rebellen

aus dem Gouvernement Idlib, das im Norden an die Türkei, im Osten, Süden und Westen jeweils an die Gouvernements Aleppo, Hama und Latakia grenzt, zu vertreiben. In Idlib hat die al-kaida-nahe Hayat Tahrir Al Sham (HTS), die frühere Al-Nusra-Front, die mindestens 10.000 Mann - die meisten von ihnen ausländische Glaubenskrieger - unter Waffen hat, praktisch die gesamte Bevölkerung von rund drei Millionen Menschen in Geiselhaft genommen. Im vergangenen September hatten Moskau und Damaskus auf Drängen Ankaras sowie aus Rücksicht auf die Zivilbevölkerung von Idlib eine Großoffensive dort in letzter Minute abgeblasen. Im Gegenzug sollte die Türkei die Rebellen entweder entwaffnen oder zur Flucht über die eigene Grenze verhelfen und darüber hinaus dafür sorgen, daß die strategisch wichtigen Überlandstraßen zwischen Damaskus und Aleppo sowie zwischen Aleppo und Latakia wieder auf voller Länge ungehindert befahrbar werden. Doch nichts davon ist geschehen. Statt dessen führten die Aufständischen von Idlib aus weiterhin Angriffe auf zivile und militärische Ziele in den umliegenden Gouvernements sowie Drohnenanschläge auf den russischen Luftwaffenstützpunkt Hmeimim in Latakia durch.

Ungeachtet der gemeinsamen Bemühungen der Türkei, Rußlands und des Irans zur Beilegung des Kriegs in Syrien, ist die Regierung in Ankara offenbar nicht gewillt, die HTS-Rebellen in Idlib fallen und sie von der SAA und den Russen einfach überrollen zu lassen. Das gleiche

gilt für die USA, obwohl diese bekanntlich seit dem 11. September 2001 einen "globalen Antiterrorkrieg" gegen Al Kaida und Konsorten führen. Am 25. Mai meldete die Nachrichtenagentur Reuters, Washington hätte Ankara grünes Licht dafür gegeben, die sunnitischen Gotteskrieger in Idlib mit schweren Waffen zu beliefern, um den Vorstoß der SAA zu verlangsamen bzw. zu stoppen. Zu den Waffen, die offenbar aus NATO-Beständen in der Türkei seit nunmehr zwei Wochen per Lastwagen Idlib erreichen, gehören auch Anti-Panzerraketen von Typ TOW. Mit Hilfe jenes amerikanischen Waffensystems - damals aus saudischen Beständen - waren 2015 die Aufständischen auf dem Vormarsch, trieben die SAA vor sich her und drohten den Krieg zu gewinnen, weshalb sich Wladimir Putin, angeblich in Absprache mit Barack Obama, für eine russische Militärintervention an der Seite der iranischen Revolutionsgarden entschied.

Die neuen Waffenlieferungen aus der Türkei zeigen auf dem Schlachtfeld bereit erste Wirkungen. Am 6. Juni meldete die Nachrichtenagentur Agence France Presse, die HTS hätte eine Gegenoffensive gestartet und im Rahmen dessen an diesem Tag bei Kämpfen im nördlichen Hama mindestens 21 bewaffnete Regimeanhänger, entweder reguläre SAA-Soldaten oder Angehörige verbündeter Milizen, getötet. Eine genau Zahl der Getöteten und Verletzten seit dem Wiederaufflammen der Gewalt in und um Idlib gibt es nicht. Sie liegt jedoch sicherlich im dreistelligen Bereich. Hilfs-

organisationen zufolge, die vor Ort tätig sind, liegt die Zahl der Menschen, die vor den Kämpfen entweder aus ihren Dörfern oder aus irgendwelchen Lagern haben fliehen müssen, bei rund 300.000.

Was die Drohnenangriffe der HTS auf Hmeimim betrifft, so steht der Verdacht im Raum, diese erfolgen mit Hilfe der USA. So hat das russische Verteidigungsministerium im Oktober behauptet, die Drohnenoperationen der HTS von Idlib aus würden von US-Spionageflugzeugen vom Typ P-8 Poseidon, eine modifizierte Version der Passagiermaschine 737 von Boeing, im Mittelmeer "koordiniert". Moskau warf dem Pentagon vor, mittels solche Aktionen seine Erkenntnisse über die russischen Fähigkeiten in den Bereichen Luftabwehr sowie elektronischer Kriegsführung erweitern zu wollen. In einem aufschlußreichen Artikel, der am 3. Juni bei Al-Monitor erschienen ist, hat der russische Militärexperte Anton Mardasov diese These unter die Lupe genommen und sie anhand der Primitivität der von der HTS eingesetzten und von deren Gegnern abgeschossenen Drohnen für wenig glaubwürdig erklärt.

Wie dem auch sei, am 5. Juni ist es im östlichen Mittelmeer zu einem beunruhigenden Vorfall gekommen, als ein russischer Kampfjet eine P-8-Maschine der US-Marine abfangen mußte. Wie die israelische Zeitung Ha'aretz am selben Tag online berichtete, und zwar unter Berufung auf Reuters und RIA Novosti, wurde das Seeaufklärungs- und U-Boot-Jagdflugzeug

**POLITIK / WIRTSCHAFT / AGRAR**

*pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

**Kaffee-Kooperative im Süden Mexikos**

*von Knut Hildebrandt*

der Amerikaner von einer Suchoi-SU-35-Maschine, die von Hmeimim aufgestiegen war, mehrmals abgefangen und abgedrängt, als es versuchte, sich dem russischen Militärhafen Tartus an der syrischen Küste zu nähern. Die US-Militärs haben wegen der insgesamt dreistündigen Aktion heftige Kritik an den russischen Kameraden geübt. Sie behaupten, bei einer der drei Abdrängmaßnahmen hätte sich der russische Pilot mit seiner Suchoi-Maschine dem P-8-Posidon zu sehr genähert und das Leben von dessen Besatzung in Gefahr gebracht. Von russischer Seite hieß es, die Suchoi-Maschine hätte stets die nötige Distanz zum US-Spionageflugzeug gewahrt. Ihrerseits beteuern die Amerikaner, die Boeing sei zu keinem Zeitpunkt der Küste Syriens näher als 20 Kilometer gekommen, sei damit im internationalen Gewässern geblieben und hätte deshalb in Ruhe gelassen werden müssen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1672.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>



*Frau schält den Kaffee  
(quitar la cascarilla)  
Foto: © Knut Hildebrandt*

*(Berlin, 29. Mai 2019, npl)* - Kaffee ist neben Erdöl eines der meist gehandelten Rohprodukte auf dem Weltmarkt. Die Preise für Rohkaffee werden an den Börsen der Industrieländer gemacht. Wenn die Preise fallen, können viele kleine Kaffeeproduzent\*innen im globalen Süden kaum noch von ihrer Ernte leben. Doch selbst von steigenden Weltmarktpreisen profitieren sie kaum, denn die Gewinne werden dann von den Zwischenhändler\*innen abgeschöpft. Um das zu umgehen, haben sich tausende Kleinbauer\*innen in Südmexiko in Kooperativen zusammengeschlossen und die Vermarktung ihres Kaffees in die eigene Hand genom-

men. Auch die Kooperative Yeni Navan wurde in den 80er Jahren zu diesem Zweck gegründet. Angesichts fallender Weltmarktpreise wollten kleine Kaffeeproduzent\*innen aus Oaxaca alternative, eigene Vermarktungsmöglichkeiten schaffen. Heute verkaufen sie ihren biologisch angebautem Kaffee über den fairen Handel.

In der Cañada, im südmexikanischen Bundesstaat Oaxaca, herrscht ein Klima des immer währenden Frühlings. Deshalb wird in der Region einer der besten Kaffees Mexikos angebaut. Hier liegt das kleine Dorf San Pedro Sochiápam. Vier Stunden Fahrt über unbefestigte Straßen trennen Sochiápam von der nächsten Stadt; bis zur Hauptstadt des Bundesstaates Oaxaca ist es eine

halbe Tagesreise. In Sochiápam leben die Menschen von der Landwirtschaft. Neben Mais, Bohnen, Obst und Gemüse bauen sie vor allem Kaffee an. Michizá heißt die Marke unter welcher ihr Kaffee von der Kooperative Yeni Navan (Lebendiges Licht) in Mexiko verkauft wird. Der Begriff steht für die sechs Ethnien, welche die Kooperative Yeni Navan vereint: Mixtecxs, Mixes, Chinantecxs, Chatinxs, Cuicatexcs und Zapotecxs.

### **Kooperative bietet bessere Konditionen und Weiterbildung**

Die Kaffee-Plantagen liegen um das Dorf verstreut in den Bergen. Für Marcelino Quintero dauert der tägliche Fußmarsch zu seiner Parzelle eine knappe Stunde. Quintero ist Mitglied der Kooperative Yeni Navan. Über diese verkauft er seinen Kaffee zu besseren Konditionen als bei den Zwischenhändler\*innen, welche nicht selten den Kaffeepreis manipulieren.

Am späten Vormittag ist Marcelino Quintero mit Juan Jiménez, einem der sechs Geschäftsführer\*innen von Yeni Navan, und einem Agraringenieur auf seiner Plantage verabredet. Gemeinsam besprechen sie Möglichkeiten, die Pflanzen gegen den Kaffeerost zu schützen, eine Pilzerkrankung, welche die Ernte zerstört. "Seit einem Jahr bekommen die Produzent\*innen neues Saatgut", erklärt Juan Jiménez. Die neuen Pflanzen widerstehen nicht nur dem Kaffeerost, sondern liefern auch Bohnen von höherer Qualität, fügt er hinzu.



Wenige Tage später in der Geschäftsstelle der Genossenschaft in San Francisco Tutla, am Rande von Oaxaca-Stadt. Während Juan Jiménez eine Kaffee-Bestellung fertigmacht, erklärt er wie die Genossenschaft funktioniert. Neunhundert Frauen und Männer aus den verschiedenen Regionen Oaxacas haben sich in Yeni Navan zusammengeschlossen, um gemeinsam ihren Kaffee zu vermarkten. Großen Wert legt die Kooperative auf den biologischen Anbau des von den Mitgliedern produzierten Kaffees. Deshalb unterstützt sie diese mit Weiterbildungen zum Bio-Landbau und technischer Beratung. Das zahlt sich nicht nur mit höheren Preisen für den fair gehandelten Bio-Kaffee aus, sondern ist auch besser für die Umwelt und die Gesundheit der auf den Plantagen arbeitenden Menschen.

### **Ein Stückchen Gleichberechtigung im Süden Mexikos**

Eine wichtige Rolle spielt auch das Haus in San Francisco Tutla für die Kooperative. Hier wird nicht nur Kaffee geröstet und gemahlen, hier wohnen auch die

*Die Geschäftsstelle der Genossenschaft in San Francisco Tutla  
Foto: © Knut Hildebrandt*

Mitglieder, wenn sie nach Oaxaca-Stadt reisen müssen. Alle zwei Monate kommen Delegierte aus den 43 angeschlossenen Kommunen in die Geschäftsstelle, um gemeinsam über wichtige Fragen wie die Auszahlung der Erlöse zu entscheiden. Und alle drei Jahre werden auf der Generalversammlung die neuen Geschäftsführer\*innen aus den Reihen der Mitglieder gewählt. Denn Yeni Navan hat keine fest angestellte Geschäftsleitung.

Auch in einem weiteren Punkt ist Yeni Navan etwas Besonderes im süd-mexikanischen Oaxaca. "Hier herrscht Gleichberechtigung. Bei uns gibt es keine Unterschiede", betont Juan Jiménez. Knapp ein Drittel der Mitglieder der Kooperative sind Frauen. Und diese haben die gleichen Rechte wie ihre männlichen Genossen, erklärt Jiménez weiter. Das ist keine Selbstverständlichkeit im Süden Mexikos. Vor allem auf dem Land wird Frauen immer noch die Rolle der Hausfrau zugeteilt. Und

sie haben sich dem Willen ihrer Ehemänner unterzuordnen. Beim Abschied erzählt Juan Jiménez noch von seinem großen Traum. Eines Tages soll der Kaffee von Yeni Navan auch in Deutschland unter ihrer eigenen Marke Michizá verkauft werden - denn bisher ist er nur in fair gehandelten Kaffeeemischungen zu erhalten.

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/poonal/kaffee-kooperative-im-sueden-mexikos/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwag1859.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...  
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

## POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

### Guatemala / Mexiko

#### Mexiko verstärkt Grenzkontrollen

(Mexiko-Stadt, 6. Juni 2019, *prensa latina*) - 400 Beamte der mexikanischen Bundespolizei wurden an die Südgrenze nach Guatemala verlegt, um dort gemeinsam mit der Nationalen Migrationsbehörde INM die Grenzkontrollen zu verstärken. Die Regierung gab den Befehl, nachdem eine weitere Karawane von Migrant\*innen aus Zentralamerika die mexikanische Grenze überschritten hatte, während sich deren Anzahl in der Grenzstadt Tapachula, Chiapas, verringert hat. Dort wurden viele Menschen festgenommen und abgeschoben.

Laut lokalen Quellen hat der Anstieg der Grenztruppen auch mit den Verhandlungen zwischen Mexiko und den USA wegen des befürchteten Anstiegs der Zölle auf mexikanische Produkte zu tun; US-Präsident Trump hatte gedroht, Strafzölle zu erheben, wenn Mexiko nicht den Anstieg der Migrant\*innen stoppe, die versuchen, über die Grenze nach Norden zu gelangen.

#### Großeinsatz gegen Migrant\*innen-Karawane

Die zentralamerikanische Karawane hat Mexiko am Morgen des 5. Juni ohne entsprechende Papiere betreten und wurde von Einheiten der Armee, der Bundespolizei und den Migrationsbehörden in einem

Großeinsatz gestoppt. Nach Angaben des Dachverbands zur Beobachtung der Menschenrechte im Südosten Mexikos, haben die Behörden hunderte von Migrant\*innen in dem chiapanekischen Dorf Metapa de Domínguez, zwischen den Städten Ciudad Hidalgo und Tapachula aufgehalten.

Die im Dachverband versammelten Organisationen verlangten vom mexikanischen Staat, die Menschenrechte der Migrant\*innen zu wahren und medizinische und humanitäre Hilfe zu gewährleisten, da die Teilnehmer\*innen der Karawane unter anderem "dehydriert ist und schwere Erschöpfungszustände aufweist". Sprecher\*innen der Migrant\*innen wiesen in einem Aufruf an das Internationale Rote Kreuz, die Vereinten Nationen und andere auf die Anfälligkeit von Minderjährigen und Frauen hin.

Nach örtlichen Angaben ist eine Gruppe von 500 Menschen zu Fuß über die Brücke gekommen, die die mexikanische Gemeinde Suchiate mit dem guatemaltekischen Department Tecún Umán verbindet. Eine weitere Gruppe von etwa 1.000 Personen sei durch den Fluss Suchiate gewatet.

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/poonal/mexiko-verstaerkt-grenzkontrollen/>



REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

*pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Argentinien

### Todesflüge: 4.000 Menschen ins Meer geworfen

(*São Leopoldo, 5. Juni 2019, ihu-unisinos/resumen latinoamericano*)  
- Der ehemalige Militärangehörige Nelson Ramón González hat als Zeuge im sogenannten Fall Contraofensiva ausgesagt. In dem Fall werden Menschenrechtsverbrechen der Jahre 1979 und 1980 aufgearbeitet, die während der argentinischen Militärdiktatur (1976-1983) begangen wurden. Mit seiner Aussage hat González grundlegende Kenntnisse über die "Todesflüge" beigesteuert und wie das

Militär bei Entführungen, Folter und Verschwindenlassen vorgegangen ist.

"Die Zeugenaussage von González ist sehr wichtig, weil sie vor Gericht bringt, was bisher noch nicht juristisch aufgearbeitet worden ist; zugleich trägt seine Aussage dazu bei, das zentrale Nervensystem der Repression in ganz Argentinien zu verstehen", erklärte der Anwalt Pablo Llonto, Kläger in dem Prozess, gegenüber der Tageszeitung Página 12 [1].

Militärs nach den Erschießungen gemacht hätten, antwortete González: "Bei allem Respekt vor den Familien, sie haben sie zugeeckt und vor Ort verbrannt. Ich habe Taborda erkannt, der für die Abteilung verantwortlich war."

#### Todesflüge von der Militärbasis

Er ergänzte, in das Campo de Mayo seien "etwa 4.000 Personen" gebracht worden, "die wurden dann lebendig ins Meer geworfen". Laut González starteten die Todesflüge vom Rollfeld der Basis: "Das wussten alle im Campo de Mayo. Dort waren die Fiat-Flugzeuge und die Flüge sind dort gestartet, Überall wurde darüber geredet."

"González hat ausgesagt, weil er ein schlechtes Gewissen hat, dass er Teil einer Armee war, in der er nicht sein wollte", kommentierte Anwalt Llonto. "Seine Aussage war sehr mutig und sehr wahrheitsgetreu." González erläuterte zudem Details über die Erschießungen von Frías und Zucker, sowie von zwei weiteren Personen, die noch nicht identifiziert werden konnten.

#### Anmerkungen:

[1] <https://www.pagina12.com.ar/197286-4000-fueron-tirados-vivos-al-mar>

*Fortsetzung von Seite 8:*

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

#### Quelle:

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [pool@npla.de](mailto:pool@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1882.html>

#### Aktion "Gegenoffensive"

Der Ex-Militär machte seine Aussage bei der mündlichen Verhandlung vor dem Vierten Bundesgericht in San Martín. Zu Beginn seiner Aussage bestätigte er, das er zu Beginn der Gegenoffensive zur Militärbasis Campo de Mayo beordert wurde, auf der sich vier geheime Folterzentren befanden. Mit dem Namen wurde die Rückkehr einer Gruppe von Aktivisten der Guerillagruppe "Montoneros" nach Argentinien zwischen 1979 und 1980 bezeichnet.

González berichtete, die entführten Aktivisten Federico Frías und Marcos Pato Zucker seien auf dem Schießplatz der Basis erschossen worden, daran hätten auch einige Befehlshaber des Militärs teilgenommen. Auf die Frage, was die

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/todesfluege-4-000-menschen-ins-meer-geworfen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0391.html>

**Kooperationspartner**



**poonal**

Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst  
lateinamerikanischer  
Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

**REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL**

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

**Kolumbien**

**Paramilitärischer Angriff in Antioquia**

*(Bogotá, 5. Juni 2019, contagio radio)* - Am 3. Juni sind bewaffnete und schwarz uniformierte Männer mit Booten in den Bezirk El Guaimaro nahe der Gemeinde Cáceres eingedrungen und haben vier Menschen erschossen, darunter einen Minderjährigen. Die Gemeinde Cáceres liegt in der Region Bajo Cauca, einem Teil des kolumbianischen Departments Antioquia. Der Angriff ist der jüngste in einer Serie von Attacken, denn seit einiger Zeit kämpfen die paramilitärischen Organisationen Caparrapos und der Golf-Clan (auch AGC - Autodefensas Gaitanistas de Colombia genannt) um die Kontrolle über den Bajo Cauca und die dortigen Drogenrouten, den informellen Bergbau und die Schutzgelderpressung. Die 312.000 Bewohner\*innen geraten dabei immer wieder ins Visier der Kämpfe; über 68.000 von ihnen sind laut Opferregister anerkannte Opfer des bewaffneten Konflikts.

Zwar hat noch niemand die Verantwortung für den Angriff übernommen, doch Óscar Zapata, Mitglied der internationalen Plattform für Menschenrechtsorganisationen CCEEU [1] (Coordinación Colombia Europa Estados Unidos), geht davon aus, dass die Aktion ein Vergeltungsangriff des Golf-Clans war, da der Bajo

Cauca unter der Kontrolle der Caparros steht. Dabei werde auch die Bevölkerung angegriffen, die "wie immer zwischen die Fronten gerät und am Meisten darunter zu leiden hat".

**Kolumbianischer Staat ohne Kontrolle**

Erst am 17. Mai explodierte eine Granate in El Doce [2] in der Gemeinde Tarazá [3]; dabei starb eine Person, sieben weitere wurden verletzt. Zwar ist die Armee mit 4.500 Soldaten der Einheit Aquiles im Bajo Cauca und im Süden von Córdoba stationiert, zu denen die Gemeinden El Bagre, Nechí, Cáceres, Caucaasia, Tarazá und Zaragoza gehören; doch "der Bajo Cauca ist praktisch unregierbar", urteilt Zapata, denn dort "regiert nicht der Staat, sondern es bestimmen die paramilitärischen Kräfte, die um die Macht kämpfen."

Nach offiziellen Angaben ist die Mordrate im Bajo Cauca vergangenen Jahr um 240 Prozent [4] angestiegen. Zapata zeigte sich auch besorgt, weil Gemeindevahlen anstehen. Deshalb geht der Menschenrechtler davon aus, dass die rivalisierenden paramilitärischen Gruppen versuchen werden, ihnen genehme Funktionär\*innen in die Rathäuser und Lokalregierungen zu bekommen.

**Anmerkungen:**

[1] <https://coeuropa.org.co/>

[2] <https://www.contagioradio.-com/al-bajo-cauca-no-llega-la-sustitucion-pero-si-la-extorsion-y-el-desplazamiento/>

[3] <https://www.contagioradio.-com/fuerza-de-tarea-aquiles-no-evito-desplazamiento-de-mas-120-familias-en-bajo-cauca/>

[4] <https://www.semana.-com/nacion/articulo/masacre-con-fusiles-y-granadas-atacan-a-pobladores-de-una-vereda-en-caceres-antioquia/618254?fbclid=i-war3bftllr7h-ouoegrxcqzmkf0r-w89ncvewedrtf1d53ev-xpu94k8r8on0>

**URL des Artikels:**

<https://www.npla.de/poonal/paramilitaerischer-angriff-in-antioquia/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

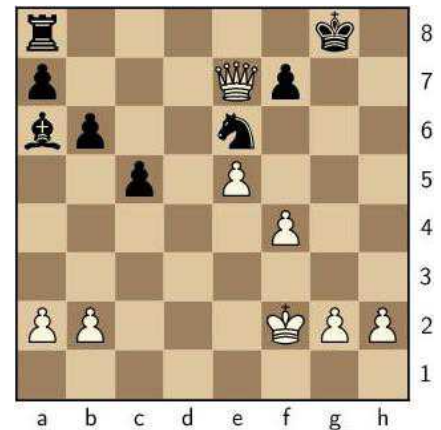
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0390.html>

**SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX****Keine Hürde zu hoch**

(SB) - Die wichtigste Hürde, die Garry Kasparow in jungen Jahren nehmen mußte, um sich von einem vielversprechenden Talent zum Weltmeister aufzuschwingen, war sein Sieg im Kandidatenturnier 1983 in Moskau gegen seinen Landsmann Alexander Beljawski. Der seinerzeit 19jährige Kasparow brachte gegen seinen 11 Jahre älteren Rivalen mehrere Vorteile zur Geltung. So hatte sich Kasparow ungleich wirkungsvoller auf den Wettkampf vorbereitet, was sich insbesondere in der Bedenkzeit niederschlug. In allen Partien verbrauchte Kasparow weniger Zeit, seine Züge waren durchdachter, trafen tiefer die Schwächen der gegnerischen Stellung, und so konnte er bereits in der 2. Wettkampfpartie in Führung gehen. Beljawski glückte in Runde 4 zwar wieder aus, strachelte dann jedoch gleich in der anschließenden Partie und drei Runden später erneut. Mit 6:3 gewann Kasparow das Match und sollte fortan nicht mehr wegzu-denken sein von der Bühne internationaler Großmeisterturniere. Im heutigen Rätsel der Sphinx, entnommen aus der 5. Wettkampfpartie in Moskau, hatte Beljawski mit den schwarzen Figuren zwar materiell die Balance halten können, geriet jedoch in die taktischen Mühlen Kasparow-scher Zielstrebigkeit, Wanderer.



Kasparow - Beljawski  
Moskau 1983

**Auflösung des letzten  
Sphinx-Rätsels:**

Rellstab wurde seinem Ruf als grundsolider Taktiker mit 1.Se5xg6+! gerecht. So oder so gewann er einen Bauern, zum Beispiel 1...Lf5xg6 2.Dc5-d4+ nebst 3.Dd4xf4 oder 1...Sf4xg6 2.Dc5xf5 De8-e3+ 3.Kg1-h2 De3xb3 4.Df5xg6. Also zog Teschner 1...De8xg6, mußte jedoch nach 2.Dc5- e5+ Dg6-g7 - 2...Kh8-h7 3.De5xf4 Lf5xh3 4.De5-c7+ Kh7-h8 5.Dc7-c3+ - 3.De5xf4 Lf5-g6 4.Lb3-d5 die Sinnlosigkeit weiteren Widerstandes erkennen und gab daher auf.

Täglich eine neue  
Schach-Sphinx unter:

[http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip\\_schach\\_schach\\_schach-sphinx.shtml](http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml)



Foto: © by Schattenblick

## Rauschen

Es flüstert der Wind in den Bäumen, es raschelt und rauscht, wenn die Blätter und Zweige bei seiner Durchfahrt aufeinander schlagen oder sich aneinander reiben.

Jenes stete Rauschen wird es sein, das in seiner Deutlichkeit und Indifferenz zugleich Pate stand bei der Bestimmung jedweder Lärm- oder Lautkulisse, bei der eine sprach- oder verständigungsgestützte Absicht auszuschließen war.

Bis auf den Begriff des Rausches, der dem Verhalten unter dem gleichzeitigen Einfluß unterschiedlichster Ursachen sein zufälliges und spontanes Muster verleiht, ist dem Rausch dieselbe Quelle zuzusprechen, wie sie dem Rauschen abgewonnen wird. Die spinnennetzartige Entuferung eines Musters, wie sie dem Rauschen gerne unterstellt oder dem Geräusch als Ursache oft zugesprochen wird, erweist sich bei näherem Hinsehen einfach nur als Interpretationshilfe.

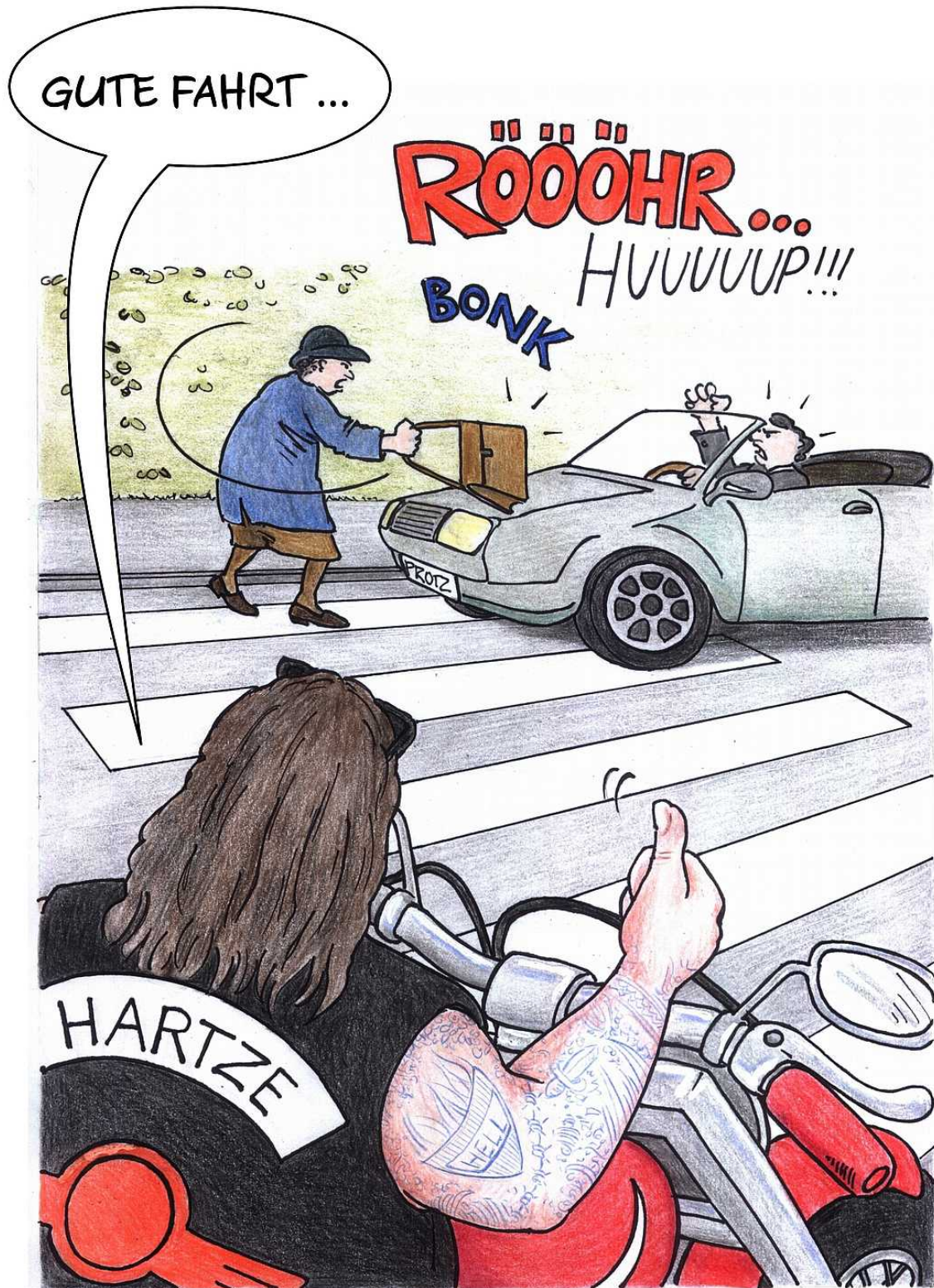
Bleibt im Kern doch nur das Geräusch, welches sich im Schrecken unserer ersten Aufmerksamkeit findet und sich beim Lauschen dann an jene Reflexion bindet, die im Spektrum der Erinnerung und Erfahrung eine Lösung und längst Vertrautes dafür sucht, um im archaischen Sinne die notwendige Entwarnung geben zu können, sich fortgesetzter Aufmerksamkeit und Anspannung zu entledigen.

Das Geräusch kann jedoch auch zur sprachzugangs-freien Mutmaßlichkeit beitragen, alle damit zu verknüpfenden Eventualitäten begreifen zu wollen und unter Kontrolle zu bekommen. Doch bleibt am Ende das Geräusch, um im Verhältnis zu einem solchen Erklärungsspektrum mehr als die Dauer seiner akustischen Präsenz nachzuvollziehen.

*Ihre Schattenblick-Redaktion*

UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

Verflucht ...



Grafik: © 2019 by Schattenblick

- 1 EUROPOOL: Alfred Bosch, Außenminister von Katalonien - Wir sagen Ja zu Europa (Pressenza)
- 2 POLITIK - WIRTSCHAFT: Die Spuren der DDR sind nicht zu tilgen (Pressenza)
- 4 POLITIK - REDAKTION: Syrien - Feldzüge und Aussichten ...
- 6 POLITIK - WIRTSCHAFT: Kaffee-Kooperative im Süden Mexikos (poonal)
- 8 POLITIK - AUSLAND: Mexiko verstärkt Grenzkontrollen (poonal)
- 9 REPRESSION - FAKTEN: Argentinien - Todesflüge. 4.000 Menschen ins Meer geworfen (poonal)
- 10 REPRESSION - FAKTEN: Kolumbien - Paramilitärischer Angriff in Antioquia (poonal)
- 11 SCHACH-SPHINX: Keine Hürde zu hoch
- 12 EDITORIAL: Rauschen
- 13 UNTERHALTUNG - COMIC: Hartze - Verflucht ...
- 14 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 08. Juni 2019

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 8. Juni 2019**

+++ Vorhersage für den 08.06.2019 bis zum 09.06.2019 +++



Nebel und Niesel,  
Sonne und Wind,  
Sauerstoff, Diesel  
machen Jean blind.

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.